



numéro 31, avril 2019
paraît 6 fois par an
8^{ème} année

CGFP 

fonction publique

compact

CGFP-Nationalvorstand

Kampf gegen Preiswucher im Wohnungsbau

Mit Blick auf die angekündigte Steuerreform ruft die CGFP die Regierung dazu auf, die natürlichen Personen schleunigst zu entlasten. Die ungleiche Besteuerung von Arbeit und Kapital darf nicht mehr länger als eine Fatalität betrachtet werden. In seiner ersten Sitzung in diesem Jahr analysierte der CGFP-Nationalvorstand den Haushaltsentwurf für 2019. Die CGFP, die insbesondere bei den Steuervergünstigungen für den Wohnungsbau akuten Handlungsbedarf sieht, will bei der Ausarbeitung der ehrgeizigen Steuerreform frühzeitig eingebunden werden.



Die allgemeine Senkung der Betriebssteuer auf 21 %, die der DP noch im Wahlkampf vorschwebte, wird wohl nicht in Kraft treten. Die Bettel-Schneider-Braz-Regierung II will jedoch die Steuerlast für sämtliche Unternehmen um ein Prozent senken. Außerdem sollen Großunternehmen in den Genuss des reduzierten Steuersatzes kommen. Das Koalitionsabkommen sieht vor, dass Unternehmen, die einen Jahresgewinn von bis zu 175.000 Euro erwirtschaften, einen Anspruch auf den reduzierten Satz von 15 % erheben dürfen.

Falls jedoch nicht in Kürze auch Maßnahmen zugunsten der natürlichen Personen folgen, wird die ungleiche Besteuerung von Arbeit und Kapital nur noch weiter verstärkt. Bereits jetzt werden Einkommen aus Arbeit gegenüber Kapitalerträgen unverhältnismäßig hoch besteuert. Die privaten Haushalte

müssen mehr als zwei Drittel der Steuerlast stemmen. Für die CGFP ist dieser Zustand längst nicht mehr tragbar.

In seiner jüngsten Sitzung am vergangenen 12. März stellte der CGFP-Nationalvorstand bei seiner Analyse zum Haushaltsentwurf für 2019 mit Genugtuung fest, dass die Staatsfinanzen wesentlich besser aufgestellt sind, als dies lange seitens der Politik dargestellt wurde: Die Staatsschuld sinkt auf 20 % des BIP und beim Zentralstaat wird 2022 die schwarze Null erreicht.

Diese handfesten Fakten belegen, dass genug finanzieller Spielraum für eine längst überfällige Steuerentlastung der natürlichen Personen vorhanden ist. Eine Steuerpolitik, die allein darauf abzielt, die Mittelschicht zu schröpfen, stellt kein Zukunftsmodell dar. Sie trägt lediglich dazu bei, die Kluft zwischen Arm und Reich noch zu vergrößern.

Als Finanzminister Pierre Gramegna den Budgetentwurf im Parlament hinterlegt hatte, teilte er den Abgeordneten nicht ohne Stolz mit, die soziale Kohäsion sei einer der drei Pfeiler, auf denen der teuerste Gesetzentwurf des Jahres beruhe. Die von der Regierung angekündigte Steuerreform wird bald zeigen, ob Gramegnas Aussage bloß eine Alltagsfloskel war, oder ob tatsächlich mehr dahintersteckt. Wenn die Entscheidungsträger es ernst meinen, müssen nun den Worten konkrete Taten folgen.

In ihrem jüngsten Länderbericht über Luxemburg zeigte sich die EU-Kommission darüber besorgt, dass die Verschuldung der Privathaushalte verhältnismäßig hoch ist und zu 80 % durch Wohnkredite bedingt ist. Die gesetzlichen Anstrengungen, die im Wohnungsbau unternommen wurden, reichen bei Weitem nicht aus.

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h



Um die schwindelerregende Preisspirale zu stoppen, fordert der CGFP-Nationalvorstand ein rasches Umdenken. Der maximale Rückerstattungsbetrag beim superreduzierten Mehrwertsteuersatz von 3 % muss von derzeit 50.000 € auf 100.000 € angehoben werden (siehe nebenstehenden Kasten).

Gegen eine Reduzierung der Kilometerpauschale

Bei den Bausparverträgen, die vielen Menschen ermöglichen, ihre Pläne der eigenen vier Wände zu verwirklichen, drängen sich ebenso Änderungen auf. Bei der letzten Steuerreform wurde der abzugsfähige Höchstbetrag für Beitragszahlungen bis zum 40. Lebensjahr verdoppelt. Die CGFP verlangt, dass diese Altersgrenze auf 65 Jahre angehoben wird, zumal viele Menschen heute aufgrund ihrer Ausbildung später in die Berufswelt einsteigen.

Die CGFP-Forderungen beschränken sich jedoch nicht nur auf den Wohnungsbau. Verlangt wird eine Wiederanhebung der Pauschale für Dienstreisen mit dem Privatauto von 0,3 € auf 0,4 € pro Kilometer. Die Dreierkoalition hatte die Herabsetzung dieser Pauschale damit begründet, dass die sparsamen Neuwagen weniger Treibstoff verbrauchen. Diese fragwürdige Argumentation entbehrt jeder Grundlage, nachdem die Regierung jetzt beschlossen hat, die Akzisen auf Mineralölprodukte im Mai zu erhöhen.

Auf Ablehnung stößt derzeit auch eine Reduzierung der Kilometerpauschale, die den Weg zur Arbeit betrifft. Eine derartige Maßnahme würde sich gegen alle Einwohner richten, die in ländlichen Regionen leben und demnach auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, weil dort das Angebot des öffentlichen Transports unzureichend ist. Zudem würden auch die vielen Arbeitnehmer, die aufgrund

ihrer Schichtarbeit nicht auf ihren Wagen verzichten können, benachteiligt werden.

Einführung einer Digitalsteuer

Des Weiteren steht für die CGFP fest, dass die „Taxe d’abonnement“, die auf den Investmentfonds erhoben wird, unter gar keinen Umständen gesenkt werden darf. Diese Registrierungssteuer ist dermaßen gering, dass eine zusätzliche Absenkung mit nichts zu rechtfertigen wäre.

Weiter fordert die CGFP angesichts der vierten industriellen Revolution die Einführung einer Digitalsteuer. Online-Werbeumsätze sowie Provisionen, die digitale Plattformen an Kunden verrechnen, sollen künftig besteuert werden. Die CGFP kann nicht nachvollziehen, weshalb klassische Unternehmen auf unbegrenzte Dauer wesentlich mehr Steuern zahlen sollen als große Internetkonzerne.

Wie die Steuerreform im Endeffekt aussehen wird, ist derzeit nicht gewusst. Die Regierung hat lediglich durchblicken lassen, dass künftig nur noch eine einzige Steuerklasse beibehalten wird. Somit wird einer langjährigen CGFP-Forderung endlich Rechnung getragen: Die Abschaffung der unsäglichen Steuerklasse 1A, die viele Alleinerziehende und Verwitwete in finanzielle Schwierigkeiten versetzt hat, rückt näher. Es versteht sich von selbst, dass jene Personen, die derzeit der Steuerklasse 1A zugerechnet werden, von der anstehenden Steuerreform profitieren müssen. Derzeit bezieht nahezu die Hälfte der Alleinerziehenden ein Einkommen, das unter der Armutsgrenze liegt!

Die künftige Steuerreform wird das Prädikat „gerecht“ nur dann verdienen, wenn die Steuertabelle endlich der Preisentwicklung angepasst wird. Diese Maßnahme muss drin-

gendst umgesetzt werden, zumal seit Anfang 2009 keine derartige Anpassung mehr vollzogen wurde.

Keine vollendete Tatsachen schaffen

Für die laufende Legislaturperiode hat sich das blau-rot-grüne Bündnis viel vorgenommen. Neben dem Referendum zur Verfassungsreform wird das Dreiergespann mit Sicherheit auch an der künftigen Aus-

Fortsetzung siehe Seite 4

CGFP fordert Entlastung für junge Familien beim Bau von Erstwohnungen

Um den Wohnungsbau zu fördern, hatte der Staat 1992 für die Schaffung und die Renovierung einer Wohnung den superermäßigten Mehrwertsteuersatz von 3 % eingeführt. Die maximale Rückerstattung betrug rund 50.000 Euro. Dabei spielte es keine Rolle, ob es sich bei dem Bewohner um den Eigentümer, den Mieter oder um eine Person handelte, die dort unentgeltlich wohnte.

2014 beschloss die Dreierkoalition, die superreduzierte TVA bei Zweit- und Drittwohnungen abzuschaffen. „Fir Leit, déi een Haus oder eng Wunneng kafen oder bauen, fir selwer dran ze wunnen, ännert sech näischt“, behauptete damals Premierminister Xavier Bettel. Diese Aussage entspricht jedoch keineswegs der Realität. Gleichzeitig hatte Blau-Rot-Grün damals nämlich die herkömmliche Mehrwertsteuer von 15 % auf 17 % angehoben.

Somit beträgt der Unterschied zwischen dem superreduzierten Satz und dem „normalen“ Satz nicht mehr 12 %, sondern 14 %. Diese Differenz hat dazu geführt, dass der Bauherr den maximalen Rückerstattungsbetrag schon bei einem Gesamtrechnungsbetrag von 357.142 € erreicht. Zuvor lag diese Summe bei 416.666 Euro (siehe Seite 9 und compact-Ausgabe Nummer 30). Der Rest der Baukosten wird mit 17 % belastet. So gesehen hat sich der Bau von Erstwohnungen sehr wohl verteuert! Aus diesem Grund fordert die CGFP, dass der Höchstbetrag für die dreiprozentige TVA-Rückerstattung von 50.000 € auf 100.000 € erhöht wird. Eine derartige Verdopplung würde lediglich die Ausgangslage von 2002 wiederherstellen. **ml**

Bedenken zum angekündigten Gratis-Transport

In regelmäßigen Abständen treffen sich die CGFP-Exekutive und die Vertreter der Eisenbahngewerkschaft Syprolux, um aktuelle gewerkschaftliche Themen zu erörtern. Bei der letzten Unterredung dieser Art am vergangenen 28. Februar stand insbesondere die künftige Einführung des kostenlosen öffentlichen Transports im Vordergrund: Ab dem 1. März 2020 können in ganz Luxemburg Bahn, Bus und Tram umsonst genutzt werden.

Vor allem seitens des Syprolux wurden diesbezüglich vielerlei Ängste geäußert. Warum das Vorhaben im Hauruckverfahren umgesetzt werden müsse, sei schwer nachvollziehbar, zumal die bestehenden Infrastrukturen jetzt schon total übersättigt seien, hieß es. Die Regierung habe es zwar durch ihre medienwirksame Ankündigung geschafft, im Ausland effektiv in die Schlagzeilen zu geraten. Es wäre jedoch ratsamer gewesen, zunächst einmal die unzähligen offenen Fragen – unter anderem in Bezug auf das bestehende Personal – zu klären.

Ob es sich beim unentgeltlichen öffentlichen Transport wirklich um eine soziale Maßnahme handele, dürfe durchaus bezweifelt werden, so eine weitere Feststellung. Für Senioren gilt seit Langem schon ein Vorzugstarif. Sozial schwache Familien werden seit Jahren finanziell entlastet und die Jugendlichen dürfen jetzt schon umsonst fahren. Zudem wachse die Gefahr, dass zur Finanzierung der Infrastrukturen zu-



nehmend auf Privatisierungen zurückgegriffen werde, so die Befürchtung. Die CGFP gab ihrerseits zu bedenken, dass weiterhin unklar ist, wie der kostenlose öffentliche Transport gegenfinanziert wird. Sollen etwa die ausgefallenen Ticket- und Abonnementeinnahmen mittels der angekündigten Steuerreform ausgeglichen werden?

Die sozialpolitischen Schwerpunkte

Erfreut zeigten sich die CGFP und der Syprolux darüber, dass der Gesetzentwurf über das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 nun endlich auf den Instanzenweg geschickt wurde. Beide Seiten stimmten überein, dass die vorwiegend gegen die Jugend gerichtete 80/80/90-Regelung schnellstmöglich rückgängig gemacht und die „Stage“-Zeit von drei auf zwei Jahre gesenkt werden müsse. Der

entsprechende Gesetzestext muss nun sämtliche Instanzen durchlaufen. Die CGFP-Exekutive brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die Abgeordneten noch vor den Sommerferien grünes Licht erteilen.

Zudem nutzte die CGFP die Gelegenheit, um der Eisenbahngewerkschaft für deren exemplarische Solidaritätsbekundung bei der „Spuerkeess“-Protestveranstaltung vom 27. November 2018 zu danken. Das Abkommen, auf das sich die APBCEE und die CGFP mit der BCEE-Direktion letztendlich geeinigt habe, sei ein vernünftiger Kompromiss, mit dem jetzt bei der BCEE endlich wieder Ruhe einkehre.

Des Weiteren gingen die CGFP-Vertreter auf die sozialpolitischen Schwerpunkte im öffentlichen Dienst ein, die in den kommenden Monaten ganz oben auf der Agenda stehen. Für Unmut sorgt nach wie vor das fragwürdige und für den Staatsdienst völlig ungeeignete Bewertungssystem. Die CGFP wird alles daran setzen, um in dieser Angelegenheit Fortschritte zu erzielen. Auch die abgeschwächte Fassung des Bewertungssystems führt keineswegs zu einer administrativen Vereinfachung.

Eine weitere Priorität der CGFP sind die im März 2020 bevorstehenden Sozialwahlen im öffentlichen Dienst. Die Vorbereitungen werden im September dieses Jahres beginnen. Die CGFP wird dabei versuchen, ein ähnlich gutes Ergebnis zu erzielen wie 2015. **ml**

Fortsetzung von Seite 3

Kampf gegen Preiswucher im Wohnungsbau

richtung der Steuerpolitik gemessen. Die CGFP erhebt den Anspruch, frühzeitig bei der Ausarbeitung des ehrgeizigen Reformvorhabens eingebunden zu werden. Die Regierung wäre schlecht beraten, ihre Pläne zur Steuerreform im stillen Kämmerlein auszubrüten und die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten mit ihren mehr als 30.000 Mitgliedern vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Steuerreform ist nicht das einzige Thema, mit dem sich die CGFP in den kommenden Monaten intensiv befassen wird. Ganz oben auf der Agenda steht das Bewertungssystem im Staatsdienst, das auch in seiner abgespeckten Form kontraproduktiv bleibt. Die CGFP kann sich einfach nicht mit einem Konzept anfreunden, bei dem Willkür und Günstlingswirtschaft nicht vermieden

werden können. Der bürokratische Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Die Nachbesserungen, die mit dem vorigen Minister des öffentlichen Dienstes durchgeführt wurden, reichen nicht aus. Sollte es nicht möglich sein, diesbezüglich eine vernünftige Lösung zu finden, spricht sich die CGFP dafür aus, das Bewertungssystem ganz aus der Welt zu schaffen.

Mit Zufriedenheit stellte der CGFP-Nationalvorstand fest, dass die Verhandlungen zwischen dem Minister des öffentlichen Dienstes, Marc Hansen, und den CGFP-Mitgliedsorganisationen an Fahrt gewonnen haben. Die Koalition hat inzwischen eingesehen, dass sektorielle Anliegen nicht mit dem Dachverband aller öffentlich Bediensteten, sondern mit den CGFP-Fachverbänden zu klären sind. Die ersten Rückmeldungen

seitens der Fachverbände sind durchaus positiv. Die Gespräche seien konstruktiv gewesen, heißt es. Auch wenn es sich um Verhandlungen mit offenem Ausgang handelt, steht für die CGFP fest, dass in sämtlichen Bereichen Ergebnisse erzielt werden müssen (siehe Seite 7).

Abschließend brachte der CGFP-Nationalvorstand die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Abstimmung über das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 so schnell wie möglich im Parlament erfolgt. Für die Praktikanten, die bereits mit dem „Stage“ begonnen haben, ist eine rasche Umsetzung des Abkommens entscheidend, da sonst die Beseitigung der 80/80/90-Regelung und die Reduzierung der „Stage“-Zeit an ihnen vorbeigeht.

Max Lemmer

Aussprache mit dem Budgetberichterstatter

Sektorielle Verhandlungen: Für jeden muss etwas Konkretes herauspringen

Die CGFP hat den Haushaltsentwurf für 2019 einer gründlichen Analyse unterzogen. Am vergangenen 25. März legten die CGFP-Exekutive und die Berufskammer der öffentlich Bediensteten (Chfep) dem diesjährigen Budgetberichterstatter André Bauler ihre Überlegungen und Forderungen dar. Verlangt werden u.a. zusätzliche Anstrengungen bei der Einstellungspolitik im öffentlichen Dienst sowie ausreichend finanzielle Mittel zur Lösung der sektoriellen Anliegen.

Die aktuelle Finanzlage Luxemburgs gilt als hervorragend. Die sprudelnden Steuereinnahmen sorgen für eine volle Staatskasse. Auch die Auftragsbücher der Unternehmen sind prall gefüllt. Folglich ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt so günstig wie schon lange nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit dürfte dieses Jahr sogar unter die Quote von 5 % fallen. So ist es kaum verwunderlich, dass die Konsumausgaben der Privathaushalte wieder an das Vorkrisenniveau knüpfen.

Anders als sonst üblich muss der Budgetberichterstatter seine Analyse zum Etatentwurf binnen kürzester Zeit abschließen. Bis Anfang April führt André Bauler Gespräche mit zahlreichen Institutionen, Verbänden und Sozialpartnern, so auch mit der CGFP und der Berufskammer aller öffentlich Bediensteten (Chfep).

Die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten sieht sich in ihrer Analyse bestätigt, dass die Staatsfinanzen wesentlich gesünder sind als noch kürzlich von der Regierung angenommen. Die Befürchtung, dass die rückläufigen Einnahmen aus dem elektronischen Handel und die Abschaffung des Bankgeheimnisses ein riesiges Loch in den Staatshaushalt reißen, erwies sich als unnötige Panikmache.

Laut Regierung stellt der soziale Zusammenhalt eine der drei Tragsäulen des Haushaltsentwurfs dar. Die insgesamt rund 7,75 Milliarden Euro, die dieses Jahr den Ministerien für Soziales, Bildung und Familie zur Verfügung gestellt werden, hält die CGFP für durchaus sinnvoll. Primär geht es darum, zu vermeiden, dass sich die sozialen Ungleichheiten in Luxemburg weiter verschärfen. Steuerliche Maßnahmen zur Entlastung der Mittelschicht, insbesondere im Wohnungsbau, sind dringend erforderlich. (siehe Seite 3).

Mit 2,588 Milliarden Euro bewegen sich die öffentlichen Investitionen weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Diese Ausgaben dürfen nicht als ein reiner Kostenfaktor betrachtet werden. Sie stellen eine Investition in die Zukunft dar. Ähnlich verhält es sich auch mit dem öffentlichen Dienst. Es wäre falsch, den Staatsdienst ausschließlich als Ausgabenposten wahrzunehmen. Ein attraktiver Wirtschaftsstandort wie Luxemburg braucht einen zuverlässigen, gut funktionierenden öffentlichen Dienst.

Allein beim Staat werden dieses Jahr rund 950 neue Arbeitsplätze geschaffen. Doch Vorsicht ist geboten! Es reicht nicht aus, genügend neue Posten zu schaffen. Die Politik muss auch Sorge dafür tragen, dass diese mit den kompetentesten und am besten geeigneten Mitarbeitern besetzt werden. Nur so kann der öffentliche Dienst seinen Auftrag im Inte-



resse aller Bürger optimal erfüllen. Falls neu geschaffene Posten vakant bleiben, müssen diese vorrangig besetzt werden.

Ende Februar begann der Minister für den öffentlichen Dienst die Verhandlungen mit den CGFP-Fachverbänden, um spezifische Probleme zu lösen, die sich seit Jahren in manchen Bereichen des Staatsdienstes verstärkt bemerkbar machen. Die CGFP wollte vom Budgetberichterstatter erfahren, ob im Haushaltsentwurf 2019 budgetäre Mittel dafür vorgesehen sind.

Eine schlüssige Antwort auf diese berechtigte Frage gibt es bislang nicht. Mit Nachdruck pocht die CGFP darauf, dass beim Abschluss der sektoriellen Verhandlungen für alle Sparten etwas Greifbares herauspringen muss. Sollte sich jedoch abzeichnen, dass versucht wird, Entscheidungen auf den Sankt Nimmerleinstag zu vertagen, wird sich die CGFP dem wi-

dersetzen. Das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 sieht ausdrücklich vor, dass bis 2020 alles unter Dach und Fach sein muss.

Damit der rasende Zug der Digitalisierung nicht an Luxemburg vorbeirauscht, müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden. Nach Auffassung der CGFP müssen die Früchte der Produktivität gerecht verteilt werden, damit die Gesellschaft nicht noch weiter auseinanderdriftet. Ziel muss es auch sein, jedem ein wenig von der vorhandenen Arbeit zu geben. Schlägt man diesen Weg nicht ein, werden künftig einige „Happy Few“ immer reicher und ein Großteil der Arbeitnehmer zunehmend abgehängt.

Die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung werfen Fragen in Bezug auf die Zukunft der Altersversorgung sowie der Sozialversicherung auf. Deshalb unterstützt die CGFP die Nutzung neuer alternativer Finanzierungsmethoden wie etwa die Einführung einer Digitalsteuer für Großkonzerne.

Neuesten Berechnungen zufolge machen die Rentenreserven das Viereinhalbfache der jährlichen Leistungen aus. In Anbetracht dieser Tatsache sieht die CGFP derzeit überhaupt keinen Handlungsbedarf. In ihrem jüngsten Länderbericht hat die Europäische Kommission bemängelt, dass Luxemburg in der EU die zweitniedrigste Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zwischen 59 und 65 Jahre aufweist.

Die Brüsseler Empfehlungen, den Renteneintritt nach hinten zu verschieben, wirken realitätsfremd. In einer sich im Umbruch befindenden Arbeitswelt wird es zunehmend schwieriger, niedrig qualifizierte, ältere Angestellte in Beschäftigung zu halten. Mit einer künstlichen Verschiebung des Rentenalters würde man Gefahr laufen, dass ältere Arbeitnehmer zunehmend unterbeschäftigt oder gar arbeitslos werden. Außerdem wäre davon auszugehen, dass sich die Gesundheitskosten erhöhen. Die CGFP hält es deshalb für ratsamer, die Arbeitnehmer aufgrund objektiver Kriterien im Zusammenhang mit den jeweiligen Arbeitsbedingungen frühzeitig von ihrer Arbeit freizustellen und sie dabei zu unterstützen, sich z.B. in ehrenamtliche Tätigkeiten einzubringen. Gleichzeitig sollte die Politik verstärkt in die Ausbildung der Jugend investieren.

Max Lemmer



UN AMOUR DE DÉCLARATION FISCALE

LIFE

**Kid's PLAN, Life PLAN et Pension PLAN,
la gamme d'assurances vie fiscalement
déductibles.**

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Konkrete Ergebnisse, statt zu plaudern!

Das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von Dezember 2016, auf das sich die CGFP und die Regierung im Juni vergangenen Jahres geeinigt haben, ist vielschichtig. Neben der Abschaffung der 80/80/90-Regelung und der Erhöhung der Essenzulage, sieht das Abkommen auch Verhandlungen mit den CGFP-Fachverbänden vor. Auch was Letzteres betrifft, so hat die Regierung inzwischen ihr Versprechen eingelöst. Die CGFP wird darüber wachen, dass nun auch konkrete Ergebnisse folgen.

Vor rund vier Monaten überreichte Dan Kersch seinem Nachfolger Marc Hansen die Schlüssel zum Ministerium des öffentlichen Dienstes. Auf den neuen Hausherrn wartet jede Menge Arbeit. Bei seinem Amtsantritt verkündete Hansen mehrmals öffentlich, dass er sich als „Stagiar“ zunächst einmal in die vielfältigen Dossiers einarbeiten müsse. Viel Zeit, sich in das neue Umfeld einzuleben, blieb ihm jedoch nicht, gilt es doch, das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 rasch umzusetzen.

In der im Juni vergangenen Jahres mit der CGFP getroffenen Übereinkunft hat sich die Regierung dazu verpflichtet, gleich zu Jahresbeginn die sektoriellen Verhandlungen mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen aufzunehmen. Mit Genugtuung stellt die CGFP fest, dass am 28. Februar die sektoriellen Verhandlungen begonnen haben. Sie werden sich über

mehrere Wochen und Monate hinwegziehen. Dabei wird sich zeigen, ob der zuständige Ressortchef über das nötige Verhandlungsgeschick verfügt oder nicht.

Auch wenn es sich um Unterredungen mit offenem Ausgang handelt, so steht für die CGFP fest, dass am Ende konkrete Ergebnisse folgen müssen. Weder die CGFP noch deren Fachverbände werden sich mit einer netten Plauderrunde abspeisen lassen. Die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten weist darauf hin, dass es genügend finanziellen Spielraum gibt, um den sektoriellen Belangen weitgehend Rechnung zu tragen.

Mit Argusaugen wird die CGFP darüber wachen, ob die berechtigten Forderungen der Mitgliedsorganisationen von der Politik berücksichtigt, oder stillschweigend ignoriert werden. Sollte sich abzeichnen, dass die Fachverbände Gefahr laufen, bei ihrem Vorhaben leer auszugehen, wird die CGFP nicht davor zurückschrecken, ihnen die nötige Rückendeckung zu geben, damit die Gespräche doch noch in einen Erfolg münden.

Erste Feuerprobe

Die sektoriellen Verhandlungen sind gewissermaßen eine Feuerprobe für den neuen Minister des öffentlichen Dienstes. Dieser scheint jedenfalls fest gewillt zu sein, die Herausforderung in Angriff zu nehmen. Beim CGFP-Neujahrsempfang Ende Januar ließ der Minister wissen, dass die Verhandlungen mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen ihm keine Angst bereiten.

Gleichzeitig betonte er damals mit Nachdruck, dass er vornehmlich auf konstruktive Gespräche setze. Fortschritte seien nur möglich, wenn die Sozialpartner einen fairen Umgang zueinander pflegten. Die CGFP kann dieser Einschätzung nur beipflichten. Ähnlich wie die CGFP haben sich auch deren Fachverbände in der Vergangenheit immer wieder als zuverlässige Sozialpartner erwiesen.

Die Wiederaufnahme der sektoriellen Verhandlungen war eine der Kernforderungen bei der überaus erfolgreichen Protestveranstaltung vom 27. November 2017 in Dommeldingen. Es ist zu begrüßen, dass die Regierung endlich eingesehen hat, dass die 60 CGFP-Mitgliedsorganisationen durchaus dazu berechtigt sind, selbst Verhandlungen zu führen, die auf eine Lösung zur Umsetzung ihrer spezifischen Belange abzielen.

Die soeben begonnenen Gespräche zwischen der Regierung und den CGFP-Fachverbänden lösen einen längst überfälligen Paradigmenwechsel aus. Noch immer herrscht auf der Führungsebene einiger Ministerien die Vorstellung, dass sämtliche Verhandlungen – also auch jene, die nur einen bestimmten Bereich des öffentlichen Dienstes betreffen – einzig und allein mit der CGFP zu führen seien. Diese Sicht der Dinge stößt bei der CGFP auf völliges Unverständnis. Die Neuaufwertung einer bestimmten Laufbahn hat beispielsweise nicht im Geringsten etwas in einem Gehälterabkommen zu suchen, bei dem ausschließlich Aspekte des allgemeinen Interesses im Vordergrund stehen. **ml**

Meinungsaustausch zwischen CGFP und ACL

Unser täglicher Stau: Auf der Suche nach Lösungen

Auf Initiative des Automobilklubs fand am vergangenen 8. März ein Meeting zwischen Vertretern der CGFP und des ACL statt, um sich darüber auszutauschen, wie man die steigenden Mobilitätsprobleme in den Griff bekommen kann. Beide Seiten waren sich darüber einig, dass es für viele Menschen aufgrund ihrer Schichtarbeit oder der Entfernung ihres Wohnortes, derzeit keine realistische Alternative zum Auto gibt. Außerdem benötigen viele Arbeitnehmer ihren Privatwagen für den Kundendienst.

Für die CGFP liegt es deshalb auf der Hand, dass nach der jüngsten Gebührenerhöhung in den Kfz-Kontrollstationen sowie der angekündigten Anhebung der Akzisen



auf Benzin und Diesel keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für all jene Menschen eintreten dürfen, die tagtäglich auf ihr Privatfahrzeug angewiesen sind. Solange

der öffentliche Transport beträchtliche Mängel aufweist, sollte zunächst in den Ausbau der Infrastrukturen investiert werden, bevor andere Maßnahmen auf Kosten der Autofahrer beschlossen werden. Bei ihrem Treffen diskutierten die CGFP und der ACL auch über weitere innovative Lösungsansätze zur Mobilitätsfrage, die aktiv dazu beitragen könnten, den drohenden Verkehrskollaps zu verhindern. Auf der Arbeitgeberseite – ob im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft – gilt es verstärkt Initiativen zu ergreifen, die dem Einzelnen sowie den Unternehmen zu gutkommen. **ml**

Avez-vous changé d'adresse?

Alors n'oubliez pas de nous le faire
savoir en renvoyant le talon-réponse
ci-contre à la

CGFP

**488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg**

ou en utilisant le formulaire
électronique sous:
[www.cgfp.lu/Changement-
adresse.html](http://www.cgfp.lu/Changement-adresse.html)



Ancienne adresse

Nom:.....

Prénom:.....

No et rue:.....

Code postal:.....

Localité:.....

Nouvelle adresse

Nom:.....

Prénom:.....

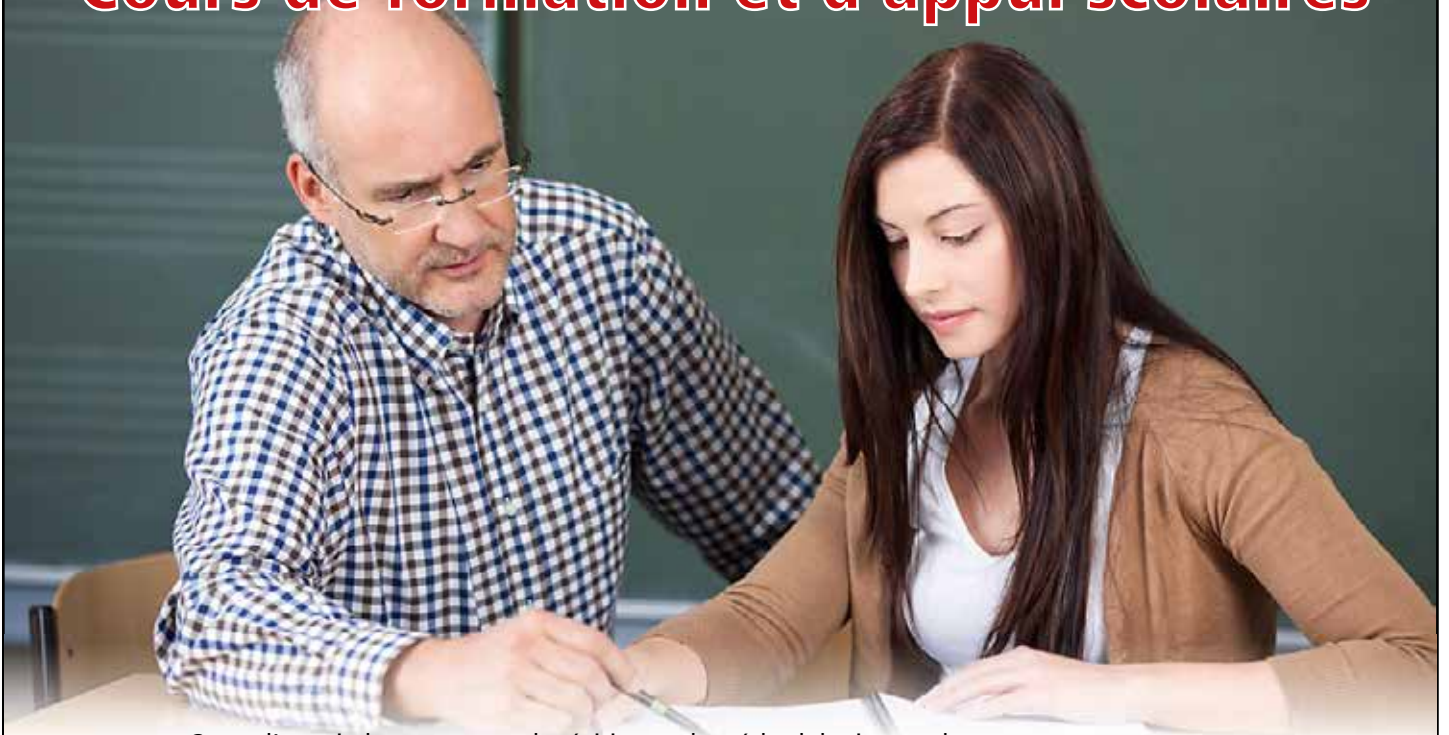
No et rue:.....

Code postal:.....

Localité:.....

email:.....

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les
élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois
Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,

mercredi: de 14h30 à 16h30 jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp.lu – http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS **CGFP**

Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Staatskasse: alles paletti!

Hohe Dynamik der Steuereinnahmen beweist die jahrelangen Fehleinschätzungen der Regierung

Je schwärzer man die schreckliche Gefahr ausmalt, die uns angeblich bedroht, umso blendender sieht nachher der vorgeblich rettende Held aus. Da die „Gambia“-Regierung nach ihrem Amtsantritt vor fünf Jahren den Steuerzahlern tiefer in die Taschen greifen wollte, beschwor sie eine angeblich katastrophale Krise der Staatsfinanzen.

Aber vielleicht glaubte sie damals sogar selbst an ihre Horrorbeschreibung des vermeidlichen Finanzsumpfes, den ihr die vorige Koalition hinterlassenen hätte. Dies stellte sich jedoch als eine arge Fehleinschätzung heraus, denn Luxemburgs Staatsfinanzen waren stets die besten in ganz Westeuropa, immer „100 % Maastricht-konform“ und ununterbrochen AAA zertifiziert.

Die neue Koalition „beglückte“ jedenfalls das Land unnötigerweise mit ihrem ominösen, antisozialen Zukunftspaket. Dieses schadete der Konjunktur, bremste das Wachstum und verzögerte die Erholung des Arbeitsmarktes. „fonction publique“ schrieb damals unzweideutig, dies sei totaler Unfug. Aber keine der politischen Parteien glaubte uns. Nicht einmal die Opposition, die es stattdessen vorzog, der Regierung Mutlosigkeit vorzuwerfen.

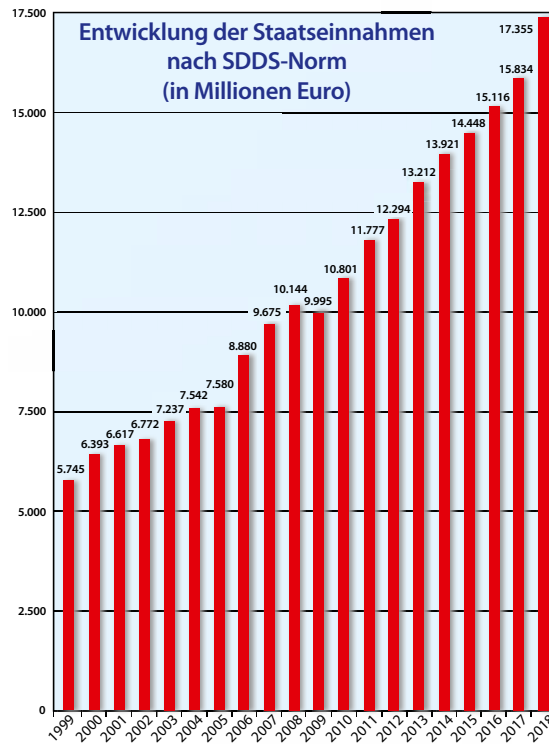
Doch wie wir es prophezeit hatten: Die Kassen des Schatzamtes füllten sich schnell und kräftig durch den konjunkturellen Aufschwung und wegen der strukturellen Solidität unserer Wirtschaft. Also nicht wegen, sondern trotz der falschen Spar- und Steuerpolitik.

Und so konnte, wie wir es lange vorher angekündigt hatten, die Politik das Volk noch rechtzeitig vor dem Wahltermin von 2018 erneut beglücken. Leider tat sie es genauso konzeptlos wie zuvor und nach einem ähnlichen Gießkannenprinzip. Immerhin konnte sie dabei gezwungen werden, so manches wieder zurechtzubiegen.

Für den öffentlichen Dienst hatte man lautstark einen totalen Sozialstopp von fünf Jahren verkündet, musste aber schließlich dem resoluten CGFP-Druck nachgeben, im Allgemeinen (siehe Punktwert und Essenzzulage) sowie bei den Anfangsgehältern (80/80/90-Regelung). Dass der Staat zudem per Gesetz die Steuern senkte, hinderte die Staatseinnahmen keineswegs daran, weiterhin kräftig zu wachsen.

Unsere Grafik verdeutlicht diese Entwicklung auf beeindruckende Weise. Seit 1999, also binnen 19 Jahren, haben sich die Staatseinnahmen verdreifacht. Seit dem Krisenjahr 2009, also innerhalb von neun Jahren, sind sie um 74 % gestiegen.

Anfang Februar konnte der Finanzminister den parlamentarischen Ausschüssen vermelden, bis zum 31. Dezember 2018 (also ohne



die späteren Buchungen für das alte Jahr) habe er einen Budgetüberschuss von 773 Millionen Euro festgestellt, gegenüber 333 Millionen Ende 2017 und 149 Millionen Ende 2016. Die staatliche Zentralverwaltung hat mit 18,5 Milliarden Euro an Gesamteinnahmen eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 10 % festgestellt. Im Vergleich zur Planung des Haushaltsgesetzes stellt dies Mehreinkünfte von 8 % dar.

Und deswegen darf man nun für die endgültigen Jahreskonten von 2018 mit einem ausgeglichenen Abschluss rechnen, also ohne Defizit. Bravo! Doch die Regierung, die sich nun selbst auf die Schultern klopft und die Verdienste des Wirtschaftsaufschwungs für sich beansprucht, verdient kein Lob. Die ökonomische Expansion ist ein Ergebnis, das keineswegs von der Regierung gefördert wurde, sondern durch ihr ominöses Zukunftspaket deutlich gebremst wurde. Daher: Ein Glückwunsch an die vielen braven Erwerbstätigen in allen Sektoren, welche das Land ständig weitergebracht haben.

Die vom Statec veröffentlichten Zahlen unterscheiden sich etwas von jenen des Finanzministers, wohl, weil dabei ein abweichendes Haushaltssperimeter und/oder andere Berechnungsgrundsätze zugrunde gelegt wurden. Dort heißt es, der Staat habe 16,9 Milliarden Euro an Steuereinnahmen festgestellt oder 12 % mehr als im Vorjahr, eine klare Beschleunigung gegenüber einem Durchschnittswachstum von 5 % in den fünf vorangegangenen Jahren.

Im letzten Quartal von 2018 betrug die Einnahmesteigerung sogar spektakuläre 25

%. Für das Gesamtjahr legte die Vermögenssteuer um 31 % zu, die Körperschaftsteuer der Unternehmen um rund 20 %, die Einkommenssteuer der Haushalte um 12 % und die Mehrwertsteuer um 9 %. Da erblassen alle ausländischen Kollegen unseres Finanzministers vor Neid.

Jetzt die Gelegenheit nutzen, um den Geltungsbereich der 3%igen Wohnungsbau-TVA wiederherzustellen

Kurz und gut: Der Finanzminister konnte 1,8 Milliarden Euro mehr einnehmen als im Vorjahr. Da wird es der Regierung doch nun nicht mehr schwerfallen, der jüngsten CGFP-Forderung nachzukommen und endlich etwas Konkretes gegen die immer schneller steigenden Wohnungspreise zu unternehmen.

Wie in der vorigen „compact“-Ausgabe dargelegt wurde, hat der Staat seit 2013 durch steuerpolitische Verschlechterungen die realen Baukosten für Eigenheime und für Mietwohnungen massiv erhöht, obschon alle unsere Politiker stets behaupten, sich mit voller Kraft dem Kampf gegen die massiven Preiserhöhungen des Wohnraumes in Luxemburg zu widmen.

Heute gilt der verbilligte TVA-Satz von 3 % (statt 17 %) nur für die ersten 357.000 Euro an Baukosten, gegenüber 500.000 Euro im Jahre 2002. Die CGFP fordert den Steuervorteil pro Wohnung von derzeit 50.000 Euro an Mehrwertsteuern auf künftig mindestens 100.000 Euro auszuweiten, wobei dann Baukosten (vor Mehrwertsteuer) pro Wohnung in Höhe von gut 717.000 Euro begünstigt wären. Dadurch würde eine normale Wohnung dann wieder größtenteils gefördert.

Dabei würde allerdings nur der steuerliche Zustand des Jahres 2002 wiederhergestellt, unter Beachtung der realen Baupreisenentwicklung seit damals. Erfahrungsgemäß würde sich die so erreichte Verbilligung der Baukosten für die neuen Eigenheime in der Folge auch auf die Preise der bestehenden Wohnungen niederschlagen.

Wenn die Regierung dann auch noch etwas gegen die hohen Mieten unternehmen will, müsste sie die TVA-Vergünstigung erneut auf den gesamten Wohnungsbau ausdehnen, so wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Es wäre eine sehr konkrete und wirksame Maßnahme, nach unendlich viel unergiebigem Rhetorik.

Vor allem aber würde die hier vorgeschlagene Maßnahme jährlich nicht einmal ein Zehntel jener 1,8 Milliarden Euro darstellen, die der glückliche Finanzminister jetzt so unerwartet in seiner Kasse vorgefunden hat.

Paul ZIMMER

Leben, statt überleben!

Hochinteressante Debatte bei „cesi@noon“-Veranstaltung

Trotz wirtschaftlicher Hochkonjunktur fühlen sich Millionen Menschen in Europa zunehmend sozial abgehängt. Leiharbeit, befristete Jobs und Scheinselbstständigkeit breiten sich kontinuierlich aus. Dieser europaweite Trend führt dazu, dass immer mehr Menschen auf Dauer prekär leben. Die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss luden am vergangenen 5. März zu einem Meinungsaustausch in Brüssel ein, um über die teilweise bitteren Folgen dieses Phänomens und die damit verknüpften Herausforderungen für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zu diskutieren.

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs ist der Job bei Millionen Menschen leider kein Garant mehr für ein dezentales Leben, geschweige denn für eine soziale Absicherung. Fakt ist, dass die Arbeitsverhältnisse im Zuge der letzten Wirtschaftskrise in Europa insgesamt noch prekärer geworden sind. Das rasend schnelle Tempo dieses Umbruchs birgt zahlreiche sozialpolitische Risiken. Das alte Modell, jahrzehntelang beim gleichen Arbeitgeber seinen Dienst zu leisten, ist in Zeiten der Globalisierung und der Digitalisierung seltener geworden.

Fast die Hälfte der Arbeitnehmer akzeptieren inzwischen verschiedene Arten von atypischer Beschäftigung, um somit die Nachteile der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Häufig ist dabei die Arbeit befristet oder es handelt sich um eine unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung. Dazu gehören neben Leih- und Zeitarbeit auch Minijobs, Beschäftigung im Niedriglohnssektor sowie Angebote digitaler Plattformen, auf denen Smartphone-Nutzer diverse Aufträge annehmen können.

Die betroffenen Arbeitnehmer laufen dabei Gefahr, einen verringerten Zugang zu den sozialen Rechten zu erhalten. Diese Menschen leben in einer gesellschaftlichen Zwischenzone: Sie haben zwar Arbeit, müssen aber oft darum bangen, sie zu behalten. Ein Fünftel der Menschen mit einem atypischen Arbeitsverhältnis sind von Armut bedroht. Bei den typischen Arbeitsformen sinkt diese Quote auf 5 %.

Schätzungen zufolge haben derzeit in Europa rund 20 % der Arbeitnehmer einen schlechten Job, der schnell in die Prekarität münden kann. Auch viele Selbstständige geraten zunehmend in diese Schieflage. Mehr als die Hälfte von ihnen haben sich zudem nicht freiwillig selbstständig gemacht.

Die neuen Herausforderungen, die sich bei der Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse stellen, standen im Fokus einer von Pierre Baussand geführten Podiumsdiskussion der „CESI@noon“-Reihe in Brüssel, zu der die Euro-



päische Union unabhängiger Gewerkschaften (CESI) in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eingeladen hatte.

Ein Kernproblem der prekären Arbeit sei die Unsicherheit und die soziale Verwundbarkeit der Arbeitnehmer, stellte CESI-Präsident Romain Wolff fest. Die Klagen in Bezug auf missbräuchliche Praktiken seitens der Arbeitgeber würden sich häufen. Es sei nicht länger hinnehmbar, dass Beschäftigte auf Zweit- und Drittjobs angewiesen seien, um einigermaßen finanziell über die Runden zu kommen, legte Wolff nach. Die Teilzeitarbeit müsse eine Frage der persönlichen Entscheidung bleiben, da andernfalls die betroffenen Arbeitnehmer Opfer eines Systems werden.

Die Hälfte der Jobs verschwindet

Im Zuge der Digitalisierung und der Entstehung neuer Arbeitsformen müsse bei den Gewerkschaften ein Umdenken stattfinden.

CESI-Generalsekretär Klaus Heeger sprach sich für eine Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer aus. Es sei nicht nachvollziehbar, dass Personen mit befristeten Arbeitsverträgen weniger Rechte zustünden als Vollzeitbeschäftigten. Wichtig sei es, den Sozialschutz mit dem Individuum zu verknüpfen. Des Weiteren trat Heeger dafür ein, das europäische Recht weitestgehend zu harmonisieren. Wenn die Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich angewandt werde, gebe es im Grunde genommen kein gemeinsames europäisches Recht.

Ein Großteil der Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen seien Frauen und junge Menschen mit einem niedrigen bis mittleren Bildungsniveau, unterstrich Luca Jahier, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. In 20 Jahren würden viele von ihnen riskieren in eine missliche Lage zu geraten. Erschwerend hinzu komme, dass in fünf Jahren rund die Hälfte der bestehenden Jobs in ihrer heutigen Form nicht mehr existieren werden. Ein 20-Jähriger müsse sich darauf gefasst machen,

in seiner beruflichen Laufbahn sieben- bis achtmal den Job zu wechseln. Entweder man finde sich mit dieser Realität ab oder man müsse ein neues Modell erfinden, bei dem man sich von den ideologischen Schranken befreie.

Insbesondere die 15- bis 24-Jährigen seien von prekären Jobs betroffen, gab der Präsident von CESI-Youth, Matthäus Fandrejewski, zu bedenken. Rund ein Drittel der unter 30-Jährigen sind befristet eingestellt oder gehen einer Interimsarbeit nach. Bleiben die Arbeitsverhältnisse dauerhaft problematisch, würden die jungen Menschen die Hoffnung aufgeben und das Vertrauen in die politischen Institutionen verlieren.

Der öffentliche Dienst werde gemeinhin als sicherer Arbeitgeber angesehen, doch Vorsicht sei geboten, warnte der Vertreter der spanischen Gewerkschaft CSIF, Javier Jordán de Urries. In seinem Heimatland sei es keine Seltenheit, dass Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes 25 Jahre lang eine befristete Stelle besetzen.

Als Beispiel führte er den Fall einer im Gesundheitswesen beschäftigten Person an, der binnen nur zwei Jahren rund 300 verschiedene Arbeitsverträge vorgelegt wurden. Inzwischen setze Spanien zunehmend auf unbefristete Verträge im Staatsdienst. Langfristig gesehen zahle sich dies aus, denn mit der Sicherung des sozialen Friedens würden sich Konflikte vermeiden lassen, hieß es weiter.

In Deutschland beziehen die Lehrkräfte während der Sommerferien kein Gehalt, fügte EWSA-Vertreter Christian Moos hinzu. Bei jedem Schulanfang werden die Lehrer für eine Dauer von einem Jahr eingestellt. Der Vertrag endet vor dem Sommerurlaub. Dabei sollte der öffentliche Dienst doch mit dem guten Beispiel vorangehen, so Moos.

Mehrfach betonten die Vertreter der EU-Kommission, dass es derzeit ausreichend Richtlinien gebe, um missbräuchlichen Praktiken einen Riegel vorzuschieben. Das eigentliche Problem bestehe darin, dass die bestehenden Regeln nicht immer zufriedenstellend in die Praxis umgesetzt würden.

Max Lemmer

Neue Anhörungsreihe für die CESI zum Europäischen Semester

Vor acht Jahren wurde das Europäische Semester erstmals umgesetzt: Die EU-Staaten sollten dazu bewegt werden, ihre Haushalts- und Wirtschaftspolitik gemeinsam zu koordinieren. Diese Zielsetzung bleibt nach wie vor unverändert: Das Steuerungsinstrument soll helfen, künftige Schulden- und Haushaltskrisen zu verhindern. Doch wie können sich die Gewerkschaften in diesen multilateralen Prozess einbringen? Dieser Frage gingen die Vertreter der beiden CESI-Fachkommissionen „Beschäftigung und Soziales“ (SOC) sowie „Frauenrechte und Gleichberechtigung“ (FEMM) bei einem Treffen am vergangenen 7. März in Brüssel nach. Auch die CGFP ist in Bezug auf das Europäische Semester auf nationaler Ebene gefordert.

Im Zuge der sich verschärfenden Staatsschulden- und Finanzkrise hatten die EU-Staats- und Regierungschefs 2011 das Europäische Semester eingeführt. Anhand dieses neu geschaffenen Instruments wollte man auf EU-Ebene die gewaltigen Auswirkungen der Krise analysieren und überwinden.

Das zyklisch angelegte Europäische Semester folgt einem klar festgelegten Fahrplan (siehe Kasten). Mittels solider öffentlicher Finanzen soll eine übermäßige Staatsverschuldung vermieden werden. Zudem sollen makroökonomische Ungleichgewichte verhindert und zukunftsweisende Investitionen gefördert werden. Struktur-reformen sollen das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern.

„Für die EU-Kommission spielen die Sozialpartner eine wichtige Rolle bei der Veröffentlichung von Informationen und Analysen“, betonte Jeroen Nutte, der im Rahmen des Europäischen Semesters den Bereich „Beschäftigung & soziale Aspekte“ leitet. Fakt sei, dass Überlegungen, die nicht vorab in die Länderberichte der EU-Kommission einfließen, später auch nicht bei den Empfehlungen berücksichtigt werden können.

An die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) ging deshalb der Ratschlag, bereits im Oktober bei den Semester-Verantwortlichen oder beim Generaldirektorat der EU-Kommission vorstellig zu werden, um ihre Sicht der Dinge rechtzeitig darzulegen. „Wir hören zu und meinen es ernst: Eurostat und Twitter vermitteln uns nur einen Teil der Wirklichkeit, doch hinter den Statistiken verbirgt sich eine Realität, die wir verstehen möchten“, versicherte Nutte.

Angesichts der begrenzten Ressourcen sei es jedoch nicht möglich, alle Themen aufzugreifen, räumte Jeroen Nutte bei der Sitzung der CESI-Fachkommissionen SOC und FEMM ein. Für die



Sozialpartner sei es deshalb ratsam, alle Knackpunkte und Eckdaten ihrer Anliegen auf einer Seite zusammenzufassen, ohne sich dabei zu sehr in technischen Details zu verheddern, da sonst die Datengrundlage unten im Stapel lande.

Das Europäische Semester sei ein sehr wichtiges Werkzeug für die Gewerkschaftsarbeit, das es zu nutzen gelte, unterstrich CESI-Generalsekretär Klaus Heeger: „Wir müssen uns bewegen, sonst geht diese Stärke verloren.“ Aus jedem Berufsrat könnten sektorbedingte Schritte eingeleitet werden. Auf mehreren Ebenen sei das Bewusstsein, verstärkt in Menschen, Bildung, Gesundheit und Sicherheit zu investieren, ausgeprägter als zuvor. Diese Chance sollte von den Arbeitnehmervertretern genutzt werden.

CGFP redet Klartext

Anfang März veröffentlichte die EU-Kommission den Länderbericht über Luxemburg. Bevor die hiesige Regierung der Brüsseler Exekutive ihre eigenen Ziele und Pläne im April mitteilt, wird sie noch die Sozialpartner, darunter auch die CGFP, konsultieren. In ihrem jüngsten Länderbericht gelangte die EU-Kommission unter anderem zu dem Schluss, dass das luxemburgische Rentensystem nur kurz- und mittelfristig abgesichert sei. Die angesammelten Reserven würden die Lebensfähigkeit des Systems bis 2041 gewährleisten.

Im Jahr 2070 könnte der operative Saldo allerdings bereits -7,6% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen, heißt es in dem Bericht. In Anbetracht der prall gefüllten Rentenkassen sieht die CGFP jedoch zum jetzigen Zeitpunkt absolut keinen Handlungsbedarf. Die Rentenreserven sind inzwischen auf 19 Milliarden Euro angewachsen (Stand: 2017).

Die EU-Kommission spricht sich dafür aus, den Beitragssatz zur Absicherung der Altersvorsorge stufenweise von derzeit 24% auf 37% anzuheben. Nur so lasse sich verhindern, dass die Rentenreserven unter die gesetzliche Schwelle fallen, die dem 1,5-fachen der jährlichen Ausgaben entspricht, halten die Autoren fest.

Sollte sich jedoch eine Erhöhung des Beitragssatzes in ferner Zukunft als unumgänglich erwei-

sen, wird sich die CGFP diesem Vorhaben nicht kategorisch widersetzen, vorausgesetzt, dass die Anhebung paritätisch durchgeführt wird. In anderen Worten: Auch die Arbeitgeber müssten in diesem Fall ihren Beitrag zum sozialen Gleichgewicht leisten. Höhere Beiträge, die ausschließlich zulasten der Arbeitnehmer gehen, wird die CGFP unter gar keinen Umständen hinnehmen.

Ablauf des Europäischen Semesters

Jeweils im November/Dezember legt die EU-Kommission u.a. einen Jahreswachstumsbericht vor, in dem die politischen Prioritäten der EU für das kommende Jahr festgelegt werden. Im Anschluss daran berät sich der EU-Rat und stellt übergreifende politische Leitlinien auf. Danach veröffentlicht die EU-Kommission im März für jeden Mitgliedsstaat einen Länderbericht. Analysiert werden dabei die wirtschaftliche Lage des jeweiligen Landes und dessen erzielte Fortschritte bei der Umsetzung der zuvor beschlossenen Reformen.

Im April sind dann die Mitgliedsstaaten am Zug: Sie übermitteln der Europäischen Kommission ihre politische Planung. Schwerpunkte sind das Stabilitäts-, das Konvergenz- sowie das nationale Reformprogramm. Die EU-Kommission bewertet diese Berichte, um anschließend die Entwürfe der länderspezifischen Empfehlungen vorzulegen. Die endgültige Fassung wird im Juli vom Europäischen Rat gebilligt. Die Länder werden dazu aufgefordert, beim Aufstellen ihres Staatshaushalts diesen Empfehlungen Folge zu leisten. Bis spätestens Mitte Oktober müssen die EU-Mitgliedsstaaten ihre Haushaltsentwürfe für das anstehende Jahr publik machen. Danach prüft die Kommission, ob ihre Empfehlungen berücksichtigt wurden, und zieht im Rahmen des Herbstpaketes die entsprechenden Schlussfolgerungen.

Max Lemmer



Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.